

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

5. Jahrgang.

Mittwoch, 23. Dezember 1925.

Nr. 298.

Die „stärkste deutsche Partei“.

Der parlamentarische Klub des Bundes der Landwirte nennt sich mit Stolz den stärksten deutschen Klub. Die Geschichte, wie er dieses Prädikat erworben hat, ist wert, erzählt zu werden. Aus dem Wahlergebnis könnte der Bund der Landwirte dieses Primat nicht für sich beanspruchen, denn obwohl er gleich den anderen Parteien bei den Wahlen entschlossen auszog, die deutschen Sozialdemokraten zu vernichten, wählten seine Blüthenräume nicht reifen. Er konnte nicht einmal seinen Besitzstand von den Gemeindevätern im Jahre 1923 erhalten, verlor 90.000 Stimmen, während die deutschen Sozialdemokraten gegenüber den Gemeindevätern einen kleinen Vorprung gewannen. 15 Mandate waren das Ergebnis des großen Rennens des Bundes der Landwirte, während die deutschen Sozialdemokraten, trotz aller Ungunst der Zeit, 17 Mandate erhielten. Dennoch zog die Partei der deutschen Agrarier als „stärkste deutsche Partei“ ins Parlament ein. Wie war dieses Wunder möglich? Wie konnte bewiesen werden, daß 15 mehr als 17 ist? Bei Gott und beim Bund der Landwirte ist eben kein Ding unmöglich. Da ihn die Wähler nicht zur stärksten Partei machen wollten, machte er sich selbst dazu. Mit Nachsicht der agrarischen Grundfrage nahm er die drei Abgeordneten der deutschen Gewerkepartei in seinen Klub auf und mit Nachsicht des Deutschtums die sechs Abgeordneten der ungarischen Nationalpartei. Des Rätsels Lösung liegt also in einer einfachen Addition. Bund der Landwirte plus deutsche Gewerkepartei plus ungarische Nationalpartei ergibt zusammen den zur „größten deutschen Partei“ herausgehobenen Bund der Landwirte. Kein Sokos Sokos, keine Segerei, nur ein bißchen agrarische Rechenkunst! Seitdem an Stelle Křepels im Abgeordnetenhaus Professor Spina das höhere deutsche Landvolk führt, hat die höhere agrarische Mathematik erhebliche Fortschritte gemacht. Spinas Mannen können sich nun stolz als „führende“ deutsche Partei in die Brust werfen, aber auch Svehla hat, wie die Begebenheiten zeigen, seine innige Freude daran.

Gegen politische Charakterlosigkeit der Deutschbürgerlichen ist man schon einigermaßen abgehärtet, aber dennoch war schon das Zusammengehen der deutschen Agrarpartei mit den Gewerkeparteiern und den Ungarn ein starkes Stück. Das politische Karrenhaus, in dem wir hier leben, läßt den Menschen die Absurdität dieser deutsch-agrarisch-gewerkeparteilich-ungarischen Front, die sogar in einer gemeinsamen Kandidatenliste ihren Ausdruck fand, nicht so recht zum Bewußtsein kommen, für das übrige sorgt die politische Rückständigkeit der deutschbürgerlichen Wähler. In welchem Bande der Welt wäre es noch möglich, an städtische Wähler die Zumutung zu stellen, Kandidaten der Brotverbreiterer zu wählen! Und umgekehrt: den agrarischen Wählern zuzumuten, Kandidaten einer Partei zu wählen, die Vertreterin des Zwischenhandels ist, den die Agrarier doch angeblich bekämpfen! Agrarier und Gewerkepartei sind gleichermaßen reaktionär und was sie einander seelisch nahebringt, das ist der Haß gegen die Arbeiterschaft und gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt. Aber das ist auch das einzige Bindeglied zwischen ihnen, und das ist herzlich wenig, um darauf eine „deutsche Teileinheitsfront“ aufzubauen. Was man den politisch verwahrlosten deutschbürgerlichen Wählern alles zumuten kann, zeigte das Zusammengehen des agrarisch-gewerkeparteilichen Konglomerats mit der Partei der ungarischen Nationalisten. Hier ist es nicht einmal mehr ein nationales Interesse, das diese Parteien zusammenführt, denn welchen Anteil haben die ungarischen Nationalisten an den „deutschen Belangen“, für die doch die zwei anderen deutschen Parteien zu kämpfen vorgehen! Die ungarischen Nationalisten, das sind dieselben Leute, die früher gegen Oesterreich und die Deutschen Bohotte inszenierten, die alles

Deutsche aus tiefster Seele hassen und die den Namen des Deutschen nur als „Schwob“ fanneten. Das waren bei den Wahlen die Bundesgenossen der deutschen Agrarier und Gewerkeparteienden!

Und nun stelle man sich vor, welches Treiben und welche Hege losgehen würde, wenn die deutschen Sozialdemokraten ein Neuländchen täten und etwa mit den tschechischen Sozialdemokraten sich zu gemeinsamer Front zusammenschlossen hätten. Wie hätte die deutschbürgerliche Prehmeute gehetzt und getobt! Vor einigen Tagen hat ein tschechischer sozialdemokratischer Minister mit einem unserer Genossen im Senat gesprochen und sich dabei einige Augenblicke neben ihn auf einen leeren Sitz niedergelassen, schon erhoben die Deutschnationalen ein Geschrei; in dessen Jaßen die Senatoren der ungarischen Nationalpartei auf den Bänken des deutschen Bundes der Landwirte mit Tulpen in den Knopflöchern, welche Blume zu tragen jeder patriotische Ungar früher als höchste Pflicht ansah, denn sie war das Zeichen des Hasses gegen Oesterreicher und Deutsche, das Bekenntnis, daß der Träger alle Waren, die von Deutschen stammen, boykottiere. Nach deutschbürgerlichen Begriffen ist nur der Internationalismus der Arbeiter verabscheuungswürdig und verfehlt, nicht aber der Internationalismus des Bürgertums. Daß die deutschen Agrarier und Gewerkepartei mit den ungarischen Nationalisten gemeinsam nach Mandaten jagten, darüber hat sich noch keiner der deutschen Reden, die das Deutschtum gepachtet haben, entristet, und sie finden es ganz in der Ordnung, daß die deutsch-agrarisch-gewerkeparteilich-magyarische Einheit im Parlament durch die Bildung eines gemeinsamen Klubs eine dauernde geworden ist. Klub des Bundes der Landwirte heißt das Gebilde und in ihm befinden sich neben den gewerkeparteilichen Zünslern die „deutschen Landwirte“ Ferencz Füjny, Janos Holota, Jozsef Szent Ivany, Ferencz Gagy, Andor Mitsch, Jozsef Torköti und Gyula Konczor!

Was soll diese Komödie? Wie kommt es, daß sich die Herren Zierhut, Windirsch und Böllmann den Konczors, Torkötis, Holotas und Füjny auf einmal so weien- und stammesverwandt fühlen, daß sie sich auch nach den Wahlen nimmer von ihnen trennen wollen und sie ihrem parlamentarischen Klub einverleibt haben? Die Erklärung findet man leicht, wenn man die Richtung der Politik der deutschen Agrarier kennt. Sie wollen „stärkste deutsche Partei“ sein, um für den Augenblick gerüstet zu sein, da Svehla sie ruft, in die Regierung einzutreten. Und sie wollen „größter deutscher Klub“ sein, nicht, um deutsche Interessen zu vertreten, sondern weil Svehla für seinen agrarisch-reaktionären Kurs, den er künftig noch konsequenter als bisher steuern wird, auch auf deutscher Seite einen möglichst starken Partner braucht. Ganz offenkundig wird der deutsch-magyarische Klub des Bundes der Landwirte schon jetzt von den bürgerlichen Parteien der tschechischen Koalition favorisiert, indem sie ihm das äußere Symbol, stärkste Partei zu sein, die Vizepräsidentenstelle im Abgeordnetenhaus wider alles Recht zugeschanzt haben. Daß Herr Svehla nicht rechnen kann, wird niemand glauben, und er weiß daher recht gut, daß nicht der Bund der Landwirte als stärkste deutsche Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist, sondern die deutschen Sozialdemokraten. Er und die Seinen machen also die von den deutschen Agrariern unternommene Täuschung bewußt mit, sie haben durch Verleihung der Vizepräsidentenstelle an die Agrarier den ersten Akt gesetzt, den die Aktivisten zu zeigen, daß die Belohnung auf dem Fuße folgt, wenn man wenigstens Wiene macht, regierungstreu zu werden. Der Bund der Landwirte hat sich das Symbol, stärkste deutsche Partei zu sein, widerrechtlich angeeignet, wobei ihm die tschechischbürgerlichen die Mauer gemacht haben. Jetzt weiß man, warum die Gewerkepartei und die Holotas, Torkötis und Konczors dem Klub des Bundes der Landwirte beitreten mußten. Im offenen Parlamentssaal haben die Deutschbürgerlichen

dem Hej-Slovane-Lied applaudiert, gleich darauf das Deutschland-Lied gesungen. Sie haben nach Leibesträften „Nieder mit der Koalition“ geschrien, während ein Teil von ihnen hinter den Kulissen den Eintritt in dieselbe Koalition vorbereitet. Sie setzen sich mit nationalen Magyaren in einen Klub und verlästern die

Sozialdemokraten als nationale Verräter, National oder international, je nach Bedarf und wie es ihr Partei- und Besitzinteresse erfordert! National, wenn es durch Gebrüll die Wähler zu täuschen gilt, international schon, wenn es damit gelingt, den deutschen Sozialdemokraten eine Position abzufragen.

Die deutsche Wirtschaftsnot.

In der letzten Woche 74 Selbstmorde aus Not allein in Berlin.

Berlin, 22. Dezember. (Eigenbericht.) In den letzten sieben Tagen sind in Berlin nicht weniger als 74 Selbstmorde verübt worden, deren Motiv zum größten Teile die Not ist. Neue Arbeitslosendemonstrationen werden heute aus Bremen und Rassel gemeldet; es kam aber in beiden Städten zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Not wird noch erhöht durch die unverhältnismäßig hohen Mietzinsen. So betragen sie in Preußen gegenwärtig 80 Prozent

der Friedensmiete, welcher Satz ab 1. Jänner 1926 auf 84 Prozent erhöht werden soll, u. zw. infolge der Hypothekenaufwertung auf 25 Prozent, die für die Hausbesitzer eine größere Zinslast bedeutet.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat an die Reichsregierung den dringenden Appell gerichtet, die Erwerbslosen durch eine einmalige Ausschleife vor der größten Not zu bewahren.

Der Berliner „Vorwärts“ zur Ministeranlage.

Berlin, 22. Dezember. (Eigenbericht.) Die Prager Meldung, daß die oppositionellen Parteien einen Anklageantrag gegen die Regierung eingebracht haben, kommentiert der „Vorwärts“ in ausführlicher Darlegung, in der er

auf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten hinweist, die seit den Locarnoverträgen nicht mehr als ein Akt der staatlichen Selbsterhaltung gerechtfertigt werden könne. Es wird als eine besondere Ausgabe der tschechischen Sozialdemokraten erklärt, endlich den Weg der Versöhnung des tschechischen Staates mit der deutschen Minderheit zu eröffnen.

Ein Emiffär Abd el Krims in Paris.

Erzuchen um Bekanntgabe der Friedensbedingungen. — Ablehnende Haltung Spaniens?

Paris, 22. Dezember. (Hs.) Der Korrespondent des „Matin“ ist in Marseille mit Kapitän Gordon Canning zusammengetroffen, welcher inzwischen in Paris eingetroffen ist; Canning überbringt Briefe Abd el Krims, die aus Ameris bei Adschir datiert sind. In diesen Briefen wird der Kapitän bedollmächtigt, im Namen des Anführers um Bekanntgabe der französisch-spanischen Bedingungen, die die Grundlage von Verhandlungen bilden könnten, zu ersuchen. Abd el Krim selbst werde dann diese Bedingungen prüfen und darüber entscheiden, ob

er sie annehme oder ablehne. Canning hat dem Korrespondenten des genannten Blattes die Wünsche Abd el Krims dargelegt.

Die Pariser Blätter begrüßen Canning anlässlich seiner Ankunft mit Sympathie, geben jedoch zu verstehen, daß Spanien die Antwort Abd el Krims und seine Bedingungen schwerlich annehmen werde. An die Zustimmung Spaniens wiederum ist Frankreich gebunden. Das bestätigte ausdrücklich der Ministerpräsident Pressevertreter gegenüber, indem er erklärte, daß er Canning nicht empfangen werde.

Trat-Debatte im Unterhaus.

London, 22. Dezember. (AN.) Das Unterhaus genehmigte den Regierungsbeschluss, den Entscheid des Völkerbundes in der Angelegenheit der Irakfrage anzunehmen, mit 239 gegen 4 Stimmen. Die Abstimmung fand in Abwesenheit der Labouristen statt, welche den Saal gleich nach Eröffnung der Sitzung verließen. Die Liberalen verließen im Saale. Ihre Anteilnahme an der Debatte verfolgte aber mehr den Zweck, möglichst genaue Informationen über die von der Regierung übernommenen Verpflichtungen zu gewinnen, als Opposition zu treiben.

Gemeindevahlen in Norwegen.

Ueber die endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen in Norwegen wird gemeldet: Von den Arbeiterparteien haben die Rechtskommunisten 416 Sitze, die Sozialdemokraten 287 und die Moskalkommunisten 109 Sitze erhalten. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie 34 Sitze gewonnen hat und die Rechtskommunisten 45 Sitze verloren haben. Die Linkskommunisten waren bei den vorliegenden Wahlen noch mit den Rechtskommunisten zusammen. Aber selbst bei einer Zusammenzählung der von beiden kommunistischen Parteien erhaltenen Sitze ergibt sich der absolute Verlust der Kommunisten von 45 Sitzen.

Außerordentlicher französischer Parteitag

am 10. Jänner beschlossen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs hat die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages beschlossen, der über die Haltung der Fraktion zu den aktuellen Fragen der Finanzpolitik und vor allem der eventuellen Beteiligung an der Regierung Beschlüsse fassen soll. Der Einberufungsbeschluss ist einstimmig gefaßt worden.

Dagegen kam es über die Festlegung des Termins zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten. Die Anhänger der Regierungsbeteiligung verlangten die sofortige Einberufung und schlugen dafür den 27. Dezember vor, aus der Erwägung heraus, daß die Möglichkeit einer neuen Regierungskrise mit der Berufung Doumeres zum Finanzminister bald akut werden könnte. D diesem Antrag traten die Gegner der Regierungsbeteiligung, wie Paul Faure, Compeere-Morell, Brade und andere entgegen.

Mit elf gegen neun Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, wurde dann beschlossen, den außerordentlichen Parteitag für den 10. Jänner einzuberufen.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Devienturle.

Prager Kurze am 22. Dezember.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Price. Items include gold, silver, and various currencies.

Die Nachtigung.

Prag, 22. Dezember.

Die Montagssitzung des Abgeordnetenhauses zog sich bis heute zwei Uhr früh. Die Abstimmung über die Regierungserklärung ergab ein Stimmverhältnis von 159 gegen 117 Stimmen.

Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Sitzung in der Nacht von Montag auf Dienstag:

Keres (tschech. Soz. Dem.) brachte in ungemein scharfer Sprache die Miswirtschaft in Karpathen vor das Haus. Er verwies auf die ungeheuerlichen Wahlmissbräuche, deren sich die agrarische Partei schuldig gemacht habe.

Jilc (Komm.) verweist auf die steigende Ausfuhr nach Russland und verlangt bedingungslose Anerkennung Russlands.

Joch (tschech. Agrar.) bedauert unter lebhaftesten Zustimmungsbekundungen der Koalition und Unterstützungsrufen der slowakischen Volksparteier, daß Jilca diejenigen Slowaken, die an der Festigung des Staates mitarbeiten, Verräter an der slowakischen Sache genannt habe.

Juriga (slow. Volksp.) erwidert Heiterkeit und Widerspruch zugleich. Er verlangt, daß die Tschechen aus ihrer Mittele alle Slowaken eliminieren, die das slowakische Blut verfeuern haben und

Die Bergarbeiterkoalition und Svehla.

In seiner berichtigten Rede im Abgeordnetenhause hat der neugeborene kommunistische Abgeordnete Neuraath den Bergarbeiterverbänden den ebenso lächerlichen wie dummen Vorwurf gemacht, sie betrieblen die Politik Svehlas.

Nach Kennzeichnung der Methoden des Ostrauer Streiks führte Pohl aus:

Alle Urteile aus kommunistischen Gewerkschaftskreisen sind darin einig, daß der Ostrauer Bergarbeiterstreik auf Veranlassung des Politbureau der kommunistischen Partei durchgeführt wurde. Wir haben auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter acht Tage vor dem Streik die kommunistischen Delegierten gewarnt und ihnen erklärt, was in Ostrau auf dem Spiele steht.

4000 Bergarbeiter augenblicklich und 3000 Bergarbeiter vier Wochen nachher auf das Pflaster gestiegen sind.

Das nennen Sie Arbeiterpolitik! Und Sie nehmen sich heraus, Leute und Organisationen, die seit 10 und 20 Jahren für das Interesse der Arbeiter kämpfen, als Verräter zu bezeichnen!

Pohl (fortfahrend): Daß die deutschen Sozialdemokraten zum Streikbruch aufgefordert haben, ist Unwahrheit und Verleumdung.

Dr. Stern: Wir werden es beweisen!

Pohl (fortfahrend): Sie werden nichts beweisen, weil Sie es nicht können!

Ich rate den Tschechen, sich durch Autopsie zu überzeugen, was den slowakischen Bauer und Arbeiter schmerzt. Wenn in der Slowakei auf der einen Seite die Stimme des slowakischen Blutes ertönt und auf der anderen die Kommunisten stehen, werden die Tschechen dazwischen nicht bestehen bleiben.

Zwischenruf: Auch Sie werden zwischen den Kommunisten nicht bestehen.

Juriga: Wir werden uns mit den Kommunisten ausgleichen. (Ironischer Beifall und heftige Zwischenrufe.)

Juriga (fortfahrend): Das wird das letzte zweifelhafte Mittel sein, mit dem wir euch erschlagen werden. Wir haben die Ungarn nicht gefürchtet, wir werden auch euch nicht fürchten. Wir werden warten, wir wollen nicht, daß die slowakische Frage in 24 Stunden bereinigt sei, dazu ist Ordnung nötig. Wir werden eine bestimmte Zeit warten, wir werden geduldig sein. Wenn wir aber sehen werden, daß Sie kein Verständnis und kein brüderliches Herz haben, werden wir, koste es was es wolle, in den Kampf gehen auf Leben und Tod.

Zwischenruf: Ist das ein Befehl aus Rom?

Juriga: Jemand ein beschränkter Mensch fürchtet sich da vor Rom (Geistesstille). Wir erlauben uns den Antrag zu überreichen, daß der Ministerpräsident Dr. Svehla und der ehemalige Minister Dr. Franke nach § 79 der Verfassungsurkunde wegen grober Verletzung ihrer Amtspflichten in Anklagezustand versetzt werden und daß dieser Antrag auf die Tagesordnung

Dr. Stern: Ist das bei Ihnen verboten?

Pohl: Bei Ihnen ist es verboten!

Der Abgeordnete Neuraath hat in seiner Rede weiter erklärt: Wir betreiben die Politik des Herrn Svehla. Ich will nicht Herrn Svehla zum Zeugen aufrufen, weil er nicht in diesem Fall kein genügend verlässlicher Zeuge wäre. Aber eines will ich den Herren von der kommunistischen Seite schon sagen:

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben der Regierung, der Koalition und dem Herrn Ministerpräsidenten Svehla mehr schlaflose Nächte bereitet als alle kommunistischen Phrasen.

Wenn Sie heute zur Einheitsfront aufrufen, so sage ich Ihnen von dieser Stelle aus: Ihr Aufruf zur Einheitsfront kommt bei den Bergarbeitern etwas spät! Die Bergarbeiter waren die einzige Gewerkschaft, die sich eine geschlossene Koalition, eine geschlossene Gewerkschaftsorganisation für die ganze Republik hin geschaffen hat.

Die kommunistische Partei hat auch diese Einheitsfront durch ihre Methoden zerstört

und ihr Ruf kommt daher spät. Ihr Ruf kommt auch deshalb spät, weil mittlerweile Tausende Bergarbeiter die Klassenkampforganisation verlassen haben und irgendwo anders sind. Daß die Bergwerkesbesitzer sich trauen konnten, gegen die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter eine solche herausfordernde Sprache zu führen, dafür können sich die Bergwerkeskapitalisten bei Ihnen, bei der kommunistischen Partei, bedanken. Sie haben die Voraussetzung dafür geschaffen. Ich erkläre zum Schluß noch: Wir haben an solchen Auseinandersetzungen in diesem Hause keine Freude. Aber das eine sollen Sie wissen, daß wir uns von Ihnen nicht beleidigen lassen und jederzeit bei jedem Anlaß, Ihnen Rede und Antwort stehen werden. Ob Ihnen das immer angenehm sein wird, das überlassen wir Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

der nächsten Sitzung gestellt und einem neungliedrigen Ausschuss zugewiesen werde.

Bei der Begründung dieses Antrages wurde Juriga zweimal zur Ordnung gerufen. Als der Präsident läutete, um Juriga aufmerksam zu machen, daß die für eine solche Bemerkung vorgesehene Zeit verstrichen sei, antwortete Juriga mit einer abwehrenden Handbewegung: „Dimmeln Sie nicht!“ und als der Präsident zum zweiten Male das Glockenzeichen gab, erwiderte Juriga aufgeregt: „Dimmeln Sie, solange Sie wollen, ich werde weiter lesen.“ Darauf brach ein großer Lärm unter den Koalitionsgesandten aus, sie schrien erregt auf Juriga ein und Malypert entzog ihm das Wort. Juriga verließ, von dem Beifall seiner Parteigenossen begleitet, das Rednerpult.

Nach einer sachlichen Berichtigung Hlincas gegen Joch erfolgte die Abstimmung über die Regierungserklärung.

Hierauf gab es noch ein bewegtes Echo der stürmischen Vorgänge der Freitagsitzung: in der es zu den bekannten Zusammenstößen gekommen war. Der slowakische Volksparteier Matil hatte gegen den slowakischen Agrarier Soltyš die Erteilung einer Rüge beantragt, da dieser ihn während der Brüllsitzung tätlich verletzt habe. Während Matil im Sinne der Geschäftsordnung das Wort zu einer kurzen Begründung ertrotzt, weigerte sich Soltyš, trotzdem er stürmisch dazu verhalten worden war, dies zu tun. Der Innungskonferenz nahm die Täterschaft Soltyš nicht als erwiesen an

und beantragte die Rüge nicht. Dagegen erhielt der slowakische Volksparteier Tomanel über Antrag des slowakischen Agrarieres Slawil eine Rüge, weil er in einem Zwischenrufe erklärt hatte, Svehla habe sich aus Spiritusgebern eine Million erspart. Um zwei Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

„Kämpfe“ für das deutsche Volk.

Eigenlob und Dreistigkeiten der Nationalsozialisten.

Es scheint, als ob die hakenkreuzerischen „Volkserwecker“ nach der Beendigung der parlamentarischen Ausführungen ihres „Dilettantenorchesters“ (dieser Ausdruck stammt aus dem bürgerlichen Prolog „Montagsblatt“) die heimliche Scholle mit dem Bewußtsein betreten hätten, eine große, gute Schlacht für die deutsche Nation geschlagen und gewonnen zu haben. Zumindest brüllen sie, voran natürlich die Nationalsozialisten, dem deutschen Volke Siegeschreie in die Ohren, deren Wirkung der „Tag“ noch dadurch zu erhöhen trachtet, daß er von der „schändlichen Rolle der deutschen Sozialdemokraten“ spricht, die keinen Finger rührten, „seize“ vor den Kämpfen gegen die Svehla-Koalition auskniffen — ja sogar „sehr befohrt um das Schicksal der Regierung“ tun.

Alle diese Unwahrheiten und Verdächtigungen überraschen uns nicht, gehört solches doch zu den täglichen Gebrauchsaufteilen der Nationalsozialisten. Unsere „Befragung“ um das Schicksal der Regierung ist eine aufgelegte hakenkreuzerische Erfindung, und um vor einem Kampf auszuweichen, dazu gehört vor allem ein Kampf. Der Spektakel aber, den die Hakenkreuzler teils mit, teils ohne Hilfe ihrer Verbündeten aufzuführen, hat mit „Kampf“ etwa so viel gemein, wie ein Feindmattschütz mit einem heroischen Drama. Die Ursache dieser Komödie war nicht ein nach sichtbarem und hörbarem Ausdruck ringender Schmerz über die Not und Entrechtung des deutschen Volkes, nicht der Wille, einem dunn jelschwiegen geführten Kampfe einen vernehmlichen Aufstakt zu geben, sondern die Ratlosigkeit, die Zielunklarheit, der Richtungsstreit innerhalb der deutschbürgerlichen Parteien, die sich zeitweilig im Heißschreien erschöpften und in deren Wunde auch das Deutschlandbild nicht als nationalrevolutionärer, sondern als nationalistisch-reaktionärer Ausbruch erscheint. Und wenn in den Kantus der Nationalsozialisten und Deutschnationalen nach und nach, zaghaft, aber dennoch, auch die Merkmalen und Landübender einfleien, so kann man Gist darauf nehmen, daß denen es weniger der Text, als vielmehr die Melodie angetan hat, die das Deutschlandlied mit der alten österreichischen Volkshymne gemeinsam hat. Solcherart konnten sie angenehme monarchistische Erinnerungen mit der etwaigen nützlichen, von allen erstrebten Wirkung verbinden, dem draußen harrenden Volke „mutiges“ Eintreten für die deutschen Belange vorzumachen.

Vielleicht ist ihnen dieses letztere hier und da auch gelungen: vielleicht gibt es wirklich Einzelfälle, die das Abingen des Deutschlandliedes (möglichstweise folgt demnachst das Ehrhardtlied) oder die Ungelegenheit der Frau Weber für „Kampf“ halten. In Wirklichkeit aber hat dieser „Kampf“, abgesehen davon, daß manche dabei vielleicht so etwas wie allrdings nutzlose Genugtuung spüren, nur durchwegs schädliche Wirkung für das deutsche Volk, welcher schädlichen Wirkung — und hier liegt die Schuld der lästigen Sängler — die politischen Führer sich im voraus vollkommen bewußt sein mußten und wohl auch waren. Die Tschechen hungerten ja förmlich nach einem Anlaß, an dem sich „beweisen“ ließe, daß kein Mittel der Gewalt gegen die Deutschen zu stark oder verwerflich sei, die fränke Koalition lechzte ja geradezu nach einer alle Glieder neu bedeckenden Medizin, die chauvinistischen Heißsporne verchmachten nach

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwäher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska von Emil Droonberg.

„Das werden Sie abwarten müssen. Aber es ist noch nicht alles. Die Liste meiner Erfolge an Ausgaben ist damit noch nicht erschöpft. Einer unserer deutschen Dichter hat einmal gesagt, in der Beschränkung zeigt sich der Meister. Und wenn ich mit meinen paar hundert Dollars aus Ziel gelangen wollte, müßte ich mich unbedingt als Meister in der Beschränkung meiner Ausgaben zeigen. Zuerst war es also ausgeschlossen, daß er den Postagepreis bezahlen konnte. Da kam mir zu Hilfe, daß ich den Kapitän kannte. Ich hatte ihm einmal einen Dienst erwiesen, der für mich keiner war, ihm aber seinen Posten als Kapitän bei seiner Gesellschaft rettete. Ich war damals Gerichtsreporter, und es war eine unangenehme Sache zur Verhandlung gekommen, in die Kapitän Smart verwickelt war. Ein gewöhnlicher Seemannskandal von der Barbaraküste, wo ein Mann, wie er, eigentlich gar nicht hingehörte. Er war eben verschleppt worden und tat mir leid. Ich stellte daher in meinem Berichte die Sache so harmlos für ihn dar, daß sie außer der Geldstrafe, die er zahlen mußte, keine weiteren Folgen für ihn hatte. Die Folge für mich ist, daß ich jetzt die Reise nach Juneau als Steward mache.“

jüchter, der einen schwunghaften Handel mit Süßes und Malamuten treibt. Als Gegenleistung für die Erziehung der Lebenswichtigen Eigenschaften seiner Vierfüßler in meinen Zeitungsberichten, die ich ihm versprochen, gab er mir vier Malamuten. Kerle, sage ich Ihnen, die es verdienen, daß man sie berühmt macht. Die Reklame war ihm das wert. — Aber sehen Sie da im Boote, das eben an die Schiffsreibe angelegt das junge Mädchen! Die wird doch, um Gotteswillen, nicht etwa auch nach Alaska wollen?“

IV. In Bord.

Das Boot, auf welches der Steward Aones Aufmerksamkeit gelenkt hatte, trug zwei Passagiere. Der eine war ein junges Mädchen von schlankem Wuchs und ungemein anziehenden Gesichtszügen, deren blütenfarbene Farbe wunderbar mit dem Haar von irischem Blond harmonierte, das sich in seiner widerspenstigen Lockenfülle überall unter einer Mäute aus weißer Wolle hervorbrängte. Der andere ein langhaariger kräftiger Hund von einer wolfsähnlichen Rasse, der mit einer Kette an die Bootsbank angegeschlossen war, und die ungewohnten Vorgänge um sich mit einem entschledenen Mißtrauen ins Auge faßte. Dicks Mißtrauen verlor sich auch keineswegs, als das junge Mädchen jetzt seine Kette löste, und sich in dem Augenblicke, als die nächste Welle das Boot bis an die Plattform am Fuße der Schiffsstiege emporhob, leicht und geschickt auf diese schwang. Es hinterließ ihn aber wenigstens nicht, ihr sofort mit einem gewaltigen Sprunge nachzusetzen, wobei er sie freilich um ein Haar ins Wasser gerannt hätte, wenn sie sich nicht an dem Tau festgehalten, der als Geländer für die Treppe diente.

Das junge Mädchen hatte sich von dem Bootsführer nur noch einen Geigenkasten reichen lassen, dann stieg es die Treppe hinauf, während kräftige Matrosenarme bereits dabei waren, mit Hilfe eines starken Taues ihre übrigen Habeligkeiten aus dem Boote an Bord zu hissen.

Als das Mädchen das Deck erreichte, sah sie sich einen Augenblick wie suchend um. Dann an der Uniform eines Schiffsbediensteten erkennend, wandte sie sich an Escher.

„Verzeihen Sie, können Sie mir sagen, wo ich meine Kabine finde. Ich heiße Eileen Malony und bin für die Reise als Geigenpielerin engagiert.“

Der junge Deutsche betrachtete das hübsche frische Gesicht vor sich mit Wohlgefallen.

„Sie werden mir leicht finden“, entgegnete er. „Ist das Ihr Hund und soll er die Reise mitmachen?“

„Ja.“

„Dann will ich den erst einmal unterbringen. Er muß in den Laderaum zu den anderen. Auf Ihr Gepäck wird inzwischen dieser Herr hier“ — er zeigte auf Kane — „aufpassen.“

Er sahte nach der Kette, die sie in der Hand hielt; aber sie wehrte ab.

„Das könnte gefährlich werden. Und er würde auch nicht mit Ihnen gehen. Wenn Sie mir den Weg zeigen wollten —“

Escher führte sie über eine transportable Laufbrücke nach dem tiefergelegenen Laderaum, wo eine ganze Anzahl Hunde in engen Verschlägen untergebracht waren. Die meisten von ihnen außer ihren lebhaften Protest über diese Behandlung durch bössartiger Knurren und lautes Bellen, ein Lärm, der sich bei Anknüpfen eines neuen Reisegefährten zu einem wütenden allgemeinen Gefläß steigerte.

Als der Hund in einem der wenigen noch leeren Verschläge sicher verwahrt war und Eileen Malony sich mit ein paar beruhigenden Worten

von ihm verabschieden wollte, blieb sie wie unter einem plötzlichen Gedanten einen Augenblick stehen und sah ihrem Begleiter zum ersten Male voll ins Auge. Die Prüfung mußte wohl zu ihrer vollen Zufriedenheit ausgefallen sein, denn sie legte, während ein etwas tieferes Rot in ihre Wangen stieg, ihre Hand auf seinen Arm und sagte zu ihrem Hund:

„Kenlo, das ist ein Freund, verstehst du?“

Für Kenlo war das Veranlassung, nun auch seinerseits den neuen Freund aus seinen stahlharten, glühenden Augen aufmerksam zu prüfen. Dann blinzelte er ein wenig, aber ohne Freundschaft, als lehne er es entschieden ab, sich auf die neue Freundschaft schon jetzt festzulegen. Und als wollte er damit zu erkennen geben, daß die Sache damit zunächst für ihn erledigt sei, strakte er sich auf den Planken seines Käfigs aus.

Auch der junge Deutsche war rot geworden, als ihn das junge Mädchen als Freund bezeichnete und ärgerte sich darüber. Ärgerte sich um so mehr, je weniger Grund er zum Rotwerden hatte. Es blieb ihm aber keine Zeit, darüber weiter nachzudenken, denn er führte Eileen jetzt nach dem für die Frauen bestimmten Teil des Schiffes. Dort traf er die Stewardess.

„Mrs. Gish, welches ist die Kabine für Miss Malony?“

Die Stewardess deutete auf eine Tür, die Escher dienstbeflissen öffnete. Zu seinem Erstaunen, denn er hatte die Kabine leer geglaubt, erschien im Türrahmen eine stark gepuderte Frauensperson, die, obwohl sie noch jung sein mußte, durch einen unangenehm dreisten Gesichtsausdruck älter erschien, als sie in Wirklichkeit sein mochte.

„Verzeihen Sie“, sagte Eileen, „hier liegt wohl ein Irrtum vor. Diese Kabine ist für Miss Malony belegt.“

(Fortsetzung folgt.)

einer deutschen „broodface“, die Gelegen- heit gäbe, die Sahgefährte, die niedrigen Anstufte, die ganze Dummheit einer nationalitätlich verführten Masse wieder wachzu- rufen. Alle diese Sehnsüchte der patriotischen Demagogen und der gewissenlosen Deutschenheer auf Hochschüler Seite sind durch das Verhalten der deutschen Nationalisten in Erfüllung gegangen. Die Herren Hakenkreuzler machten sich eine Sache, die Uchechen beuüsten es zur Sache.

Die süverendensische Bevölkerung ist tief zu beklagen, wenn sich auch nur ein Teil von ihr wirklich als „Kampf“ einreden läßt, was höchstens für den Augenblick optisch, akustisch und auf das Gefühl nationalitätlich verblendeter Deutscher zu wirken vermag, was man ja, wenn man will, ohne Gebrauch von Hirnschmalz, jeden Tag haben und bieten kann, was ohne jeden praktischen Wert und Nutzen ist und sich viel mehr zum Schaden für die Nation auswirken muß. Diese Art Kampf und Kriegsschreie, durchaus würdig der seinerzeit von denselben Leuten be- triebenen größeren Kriegsschreie, überlassen wir den Verantwortungslosen von hien und drüben, in dem Bewußtsein, daß spätere Zeiten auch dieser- halb mit ihnen abrechnen werden.

Die Weihnachtshilfe für die Ukrainer Metall- und chemische Industrie.

Währ., 22. Dezember. Der nord- mährisch-schlesische Industriellenverband hat gestern das über die Auszahlung einer einmaligen Feuerungshilfe an die Arbeiterchaft der Metall- und chemischen Industrie geschlossene Übereinkommen genehmigt. Anspruch auf Zuschüsse haben die Arbeiter, die in einem Betriebe ohne Unterbrechung beschäftigt sind, in welchem sie bereits vor dem 1. Mai 1925 tätig waren; wer später, jedoch vor dem 1. Oktober 1925 in einen Betrieb eingetreten ist, erhält die Hälfte der Zuschüsse. Die Betriebe sind in drei Gattungen eingeteilt, die Arbeiterchaft hingegen in 17 Kategorien, und zwar in verheiratete Arbeiter oder Witwen mit eigenem Haushalt bis zu 5 und mehr Kindern, die entsprechend der Gattung des Betriebes 110, 80 oder 50 bis 210, 180 oder 120 K erhalten, und ledige Arbeiter unter 18 Jahren, von 18 bis zu 22 Jahren und ältere, in beschäftigte kinderlose Witwen mit eigenem Haushalt bis 4 und mehr Kindern, in ledige Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren und ältere und endlich in Lehrlinge.

Späte Erkenntnis. Die jüdischna- tionale Partei ist bekanntlich bei den Par- lamentswahlen mit selbständigen Kandidaten- listen aufgetreten und durchgefallen. Sie hat in keinem Wahlkreis die Mehrzahl erreicht und ihre 100.000 Stimmen sind den Sozialen und Strämlern wie gerufen gekommen, um im dritten Kratunium die erschütterte Macht der Koalition zu stärken. Wir hatten die jüdischen Wähler recht- zeitig gewarnt. Die Antimort bildete eine Flut von Beschimpfungen. Insbesondere die Brüder „Jüdische Volkstimme“ sagte es, uns Züge und Fälscher zu nennen, weil wir behauptet hatten, daß nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes die Stimmen der Juden den tschechischen Koalitionsparteien zufallen, wie es ja auch tatsächlich eingetreten ist. Das Organ derer um Dr. Singer behauptete demgegenüber, daß in dem unwahrscheinlichen Falle, daß die jüdischnationalen im ersten Kratunium kein Mandat erhalten sollten, ihre Stimmen ein- fache nie mandem zufallen. Dazu ließ sich das Blatt noch aus Karpathrußland „telegraphieren“, daß die Wahl des dortigen Spitzenkandidaten ge- scheitert sei. Nun, der „unwahrscheinliche Fall“ ist eingetreten und die „lügenhafte“ Behauptung der deutschen Sozialdemokraten hat sich als nur zu wahr erwiesen. Die Enttäuschung unter den jüdischnationalen ist ungeheuer; sie macht sich in allenlagen, bitteren und wehmütigen Zeitungs- artiteln bemerkbar. Zuerst wurde die aufge- speicherte Wut auf die jüdischen Orthodoxen los- gelassen, von deren karpathoruffi- schen Kandidatur man den jüdischen Wählern der Sudetenländer so gut wie nichts mitgeteilt hatte! Jetzt läßt aber eben diese „Jüdische Volkstimme“, deren rüden Ton wir oben angeprangert haben, einen gewissen Martin Richter zu Worte kommen, der endlich — es hat lange gedauert — folgendes Geständnis ablegt:

„Eines wurde in all den Artikeln, die nach den Wahlen erschienen sind, immer wieder über- sehen, was mir gerade als das Ausschlaggebende erschien, — auch mit den orthodoxen Stim- men wäre ja die Wahlsieger in Rodarpar- fka Rus nie erreicht worden.“

Dieses deutliche Geständnis, das man sich für einen künftigen Wahlgang wird sehr gut merken müssen, wird noch durch folgenden Nach- satz verstärkt:

„Aus den Erfahrungen dieser Wahlen muß der Schluß gezogen werden, daß eine selbst- ständige Kandidatur der „Jüdischen Partei“ bei den künftigen Wahlen bei Be- stehenbleiben des jetzigen Wahlgesetzes ein un- verantwortliches Wagnis wäre. Daher Verzichte.“

Sollten die Herrschaften aber das nächste Mal wieder nicht „verzichten“, wird sich ja Gelegen- heit bieten, auf diese zwei Punkte zurückzu- kommen.

Eine Schlappe Brando.

Paris, 22. Dezember. Die Kommer ver- handelte heute über das Budget des Kriegs- ministeriums und nahm trotz des Widerstandes der Regierung, die daraus aber keine Verirr- wendung machte, mit 280 gegen 254 Stimmen den Änderungsantrag an, mit welchem die Ein- berufung der Reserven aufgehoben wird.

Wie die versprochene Einheitsfront aussieht!

Die Bürgerlichen denken jeber den neuen alten Schwindel ihrer „Einheitsfront“ auf.

Vor den Wahlen haben alle deutschbürger- lichen Parteien ihren Wählern die Einheitsfront als sicher versprochen. Sie kam nicht zu- stande. Darauf erklärten die Parteien, nach den Wahlen wird die Einheitsfront gemacht, aber dann schon ganz sicher! Nun war die Zeit zur Einlösung dieses Versprechens gekommen; es erwies sich aber — worüber wir keinen Augen- blick im Zweifel waren — daß von einer Ein- heitsfront auch jetzt keine Rede ist, daß die diver- sen Bürgerparteien ihre Kampfbalancen und ihren Konkurrenzkampf ganz so wie früher weiter be- treiben und daß auch die Zusammenballung einiger vor diesen Parteien in einem Block nur eine „Einheitsfront“ dieser Gruppe gegen die Deutsch- nationalen darstellt, aber keineswegs hindert, daß der Kampf der Parteien gegeneinander auch innerhalb dieses Blocks weitergeht. Es ist ein Kampf aller gegen alle, gerade so wie all die Jahre bisher.

Einige Stimmen aus dem deutschbürgerlichen Lager sollen das Chaos, das dort herrscht, und die Forderung des deutschen Volkes, denen sich die Einheitsfrontler weiter schuldig ma- chen, widerspiegeln.

Alle sind schuld!

Da schreibt zum Beispiel die deutschnational- demokratische zwitterhafte Warnsdorfer „Abwehr“ in einem Leitartikel:

„Es kam so, wie es kommen mußte. Die Ein- heitsliste für die Parlamentswahlen... mußte durch mandats hungerige Parteigrößen zu Falle gebracht werden, ein wahrhaft wider- licher Wahlkampf... geführt werden, um Zu- stände zu schaffen, die trauriger sind, denn je... es hat den Anschein, daß ein Zusammen- schluß der von der Volksgemeinschaft auf Grund einer Einheitsliste gewählten Vertreter doch leich- ter und reibungsloser möglich gewesen wäre, als es heute noch getrennt durchgeführter Wahl der Fall ist.“

Und vor den Wahlen haben sie geschwo- ren, daß sofort nachher unbedingt die Einheits- front geschlossen werden wird!

Die „Abwehr“ macht alle Parteien dafür verantwortlich und fordert zur Ermöglichung der politischen, auch eine wirtschaftliche Ein- heitsfront. Alle Schäden zwischen Arbeitern und Unternehmern seien zu begraben, nämlich von den Arbeitern, denn nur dann könne „eine wahre Volksgemeinschaft“ entstehen. Doch dies nur nebenbei. Festzuhalten ist, daß dieses Bürgerblat das neuerliche Scheitern der Einheitsfrontbestrebungen durch die Schuld aller feststellt.

Die Deutschnationalen sind schuld!

Die laubbünderische, christlichsoziale und nationalsozialistische Presse (siehe den „Tag“ vom 22. Dezember) veröffentlicht folgende Mit- teilung aus „deutschen parlamentarischen Kreisen“:

„Die Besprechungen wegen Herstellung einer Einheitsfront der nationalen deutschen Parteien hatten vorderhand das Ergebnis gezeigt, daß diese Parteien bei der Konstituierung des Hauses, bei der Wahl der Vizepräsidenten und der Ausschüsse, nach getroffenen Vereinbarungen vorgehen. Leider erfolgte das erste politische Aufstreuen im Hause selbst nicht einheitlich. Jene Parteien, welche während der Wahlbewegung die bekannte Erklä- rung über den Willen zur Bildung einer deutschen Einheitsfront veröffentlichten und deshalb von mancher Seite verschiedenen spö- tischen Angriffen ausgesetzt waren, nämlich der Bund der Landwirte, die deutschen Christlichsozialen, die deutschen Na- tionalsozialisten und die deutsche Ge- werdepartei, beiraten das neue Haus mit einer gemeinsamen politischen Erklä- rung, deren Wirkung nicht verkannt werden kann. Leider war es in langwierigen Beratungen nicht gelungen, die Deutsche Nationalpartei mit den anderen Parteien auf eine einheit- liche und gemeinsame politische Erklärung zu ver- einigen. Der Unboreingekommene, der die Er- klärung der genannten deutschen Parteien liest, muß deren mannhaftige und würdige Sprache zu- geben. Die erwähnten Parteien haben sich bemüht, der Deutschen Nationalpartei ein gemeinsames Vorgehen zu erleichtern. Es ist das Recht der Deutschen Nationalpartei, ihre politischen Schritte nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Es ist aber jetzt auch klar ersichtlich, wer den Willen zur poli- tischen Zusammenarbeit durch gegenseitiges Ent- gegenkommen ermöglicht und wer nicht. Selbst- verständlich werden die Beratungen über eine bessere Form der Zusammenarbeit fortgesetzt werden.“

Also sind nur die Deutschnationalen schuld, die vereinigten Nationalsozialisten, Christ- lichsozialen und Agrarier halten fest und treu zu- sammen?

Nationalsozialistischer Angriff auf Laubbünder und Christlichsoziale.

Der gemeinsame Block ein „Retortengewächs“?

Am selben Tage, da der nationalsozialistische „Tag“ obige Teileinheitsfrontklärung (gegen die Nationalpartei) abdruckt, veröffentlicht der na- tionalsozialistische Abg. Simm in der „Reichenberger Zeitung“ einen Leit- artikel, in dem er die neue Einheitsfront folgender- maßen deklariert:

„... als ein kraftloses Gebilde, ein Retortengewächs, ein Experiment. Ein solches Gebächs ist die parlamentarische Einheits- front, die unter einigen oppositionellen Parteien zustande gebracht worden ist.“

Es ist, sagt Herr Simm nunmehr, wo es das den Wählern gegebene Versprechen einzu- lösen gilt.

„... an eine „Einheitsfront“ zu glauben, solange die Wahl zwischen den beiden Wegen, die zu beschreiten möglich sind, nicht klar entschieden.“

Und eindeutig an die Adresse der Christ- lichsozialen, Laubbünder und Ge- werdeparteiler richtet Herr Abg. Simm, der mit jenen in der neuen parlamentarischen „Einheitsfront“ sitzt, folgende Anklage:

„Andererseits bringt uns das Doppel- spiel jener Parteien, die auf einem Bein in der „Einheitsfront“ marschieren, auf einem Bein den anderen Weg entlang hinter, immer tiefer ins Elend.“

Da Herr Simm und seine Partei dieses „Doppelspiel“ mitmachen, und nicht nur dieses, sondern überhaupt die ganze Volkserführung mit dem ewigen Versprechen und Vorgaukeln einer Einheitsfront, an die, wie der Abg. Simm beweist, diese Herren selber nicht einmal Augenblick ernsthaft glauben so hat Simm mit dem legitimierten Sa- seine, seiner Partei und aller anderen Bürger- parteien politische Tätigkeit sehr treffend gekennzeichnet.

Sowjetrussische Kerkerluft.

Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Dem russisch-sozialdemokratischen Nachrichten- dienst in Berlin wird aus Moskau geschrie- ben:

Zunächst einige Angaben über den Hun- gerstreik der Sozialrevolutionäre, über die wir einige Mitteilungen zu erlangen ver- mochten. Am Hungerstreik nahm nicht nur Timofejew, sondern auch Gog teil. Der erstere hungerte 23 Tage. Eine Gruppe der in demsel- ben Prozeß Verurteilten (sechs Personen mit Pen- delmann an der Spitze) schloß sich gleichfalls dem Hungerstreik an und verlangte die sofortige Frei- lassung der Genossen Gog und Timofejew sowie der rechtzeitigen Freilassung der Gefange- nen, deren Strafreizeit abgelaufen ist. Am fünften Tage des Hungerstreiks wurden die Ge- fangenen unter verstärkter Bewachung nach ver- schiedenen Provinzgefängnissen transportiert. Die Gefangenen lebten unterwegs sowie am Aufnahmest- ort in Hungerstreik fort. Am fünfzehnten Tage des Hungerstreiks trat im Gesundheitszu- stande der hungernden Gefangenen eine Ver- schlechterung ein, die mit tödlichem Ausgang drohte. Die Gefängnisverwaltungen machten den Versuch, die in bewußtlosem Zustande befind- lichen Gefangenen gewaltsam auf künst- lichem Wege zu füttern. Als dies be- kannt wurde, wurde erklärt, daß die Gefangenen bei der Wiederholung eines ähnlichen Versuches zum Selbstmord greifen würden. Am sech- zehnten Tages des Hungerstreiks verweigerten die Gefangenen auch die Einnahme von Trinkwasser. So währte der Hungerstreik noch weitere drei Tage und durch diesen beispiellos heroischen Kampf gelang es ihnen schließlich, einen „Sieg“ zu erkämpfen. Gog und Timofejew werden nach entfernten Verbannungsorten transportiert werden, während den übrigen Ge- fangenen versprochen wurde, daß sie sofort nach Ablauf ihrer Strafreizeit aus dem Gefängnis ent- lassen werden würden.

Es wird ferner mitgeteilt, daß Gog kurzzeit- an einem Darmschmerz schwer erkrankt ist.

70 v. H. der Gefangenen sind nerven- oder lungenkrank.

Statt der vor kurzem aufgelösten Kerker auf den Solowki-Inseln sind jetzt eine Reihe von Zucht- häusern und Transportgefängnissen mit politi- schen Gefangenen überfüllt. Abgesehen von dem leerstehenden Innern-Gefängnis und dem Butyrki-Gefängnis in Moskau sind es die Ge- fängnisse in Sussdal, Jaroslaw, Lo- bolsk, Berdne, Wlask und Saratow. In der letzteren Stadt ist kürzlich ein „Refektor für besondere Zwecke“ erbaut worden, der für eine große Anzahl von Gefangenen hergerichtet ist. Dorthin ist vor kurzem auch unser Genosse Kutschin transportiert worden, und dort spielten sich auch die tragischsten Momente des letzten Hungerstreiks der Sozialrevolutionäre ab. Das Sverdlow-Gefängnis in Jekaterin- burg ist stets mit Transportgefangenen über- füllt, die dort monatelang sitzen müssen.

Sinowjew in Opposition!

Eine Krise auf dem Moskauer Kommunisten- kongreß?

Der „Prager Presse“ wird über den jetzt tagenden Kongreß der russischen kommunistischen Partei in Moskau von dort unter dem 21. De- zember folgendes berichtet:

Was noch vor kurzer Zeit innerhalb der russi- schen kommunistischen Partei als Unmöglichkeit schien, ist nunmehr zur Wirklichkeit und Tatsache geworden: Sinowjew und der Leni- grader Oppositionen Oppositionenstand- punkt gegen den Zentralausschuß hat gestern am Parteikongreß unerwarteten Ausdruck gefunden. Nach dem politischen Bericht Stalins über Organisations- und Revisionsfragen erklärte Rykow, daß die Gruppe der Leningrader Organi- sation ihre Delegierten beauftragt habe, durch ihren Generalredner politische Erklärungen zum Bericht des Zentralausschusses abgeben zu lassen. Auf die Widersprüche der Mehrheit des Kongresses erklärte Rykow, daß laut Statut der Partei jeder Gruppe von über 40 Delegierten das Recht zur Meinungsäußerung zustehe und er erbot sich, Sin- owjew das Wort. Sinowjew polemisierte hier- auf in langer Rede nicht nur gegen die Leningrader Resolution und die Moskauer Konferenz, sondern auch gegen den Bericht Stalins. In der Geschichte der kommunistischen Partei ereignet es sich zum erstenmal, daß gegen den offiziellen Bericht des Zentralausschusses ein Gegenbericht aufgestellt wurde. Sinowjew ver- teidigte in seinen Ausführungen die Anschauungen der Leningrader Kommunisten über den Staats- kapitalismus, die Aufgabe der Bauernschaft und den Standpunkt betreffs Vergrößerung der Partei. Nach Sinowjew ergriff Bucharin das Wort, der sämtliche theoretischen Ausführungen Sinow- jews widerlegte und diese als Grundfehler und Sinowjews Kritik als gegen den Zentralausschuß gerichtet bezeichnete. Bucharins Rede wurde mit Beifall aufgenommen und die Redezeit wurde ihm verlängert. Zur weiteren Debatte ließ über 100 Redner angemeldet. Heute sprechen Kamenow und Krupfaja. Die Mehrheit des Kongresses steht gegen Sinowjew und die Leningrader

Gruppe. Bucharins ausführliche Darlegungen waren auch gegen Kamenow gerichtet. Die Stellung des Zentralausschusses verteidigten hauptsächlich Bucharin und Rykow, selbst- verständlich auch Stalin. Obwohl das Zentral- organ, die „Pravda“, die Meinung vertritt, daß die Partei auch diese Krisis bald überwinden wird, muß die neue Opposition doch viel früher beurteilt werden, als alle früheren Oppositionen. Es ist bemerkenswert, daß Sinowjew und die Leningrader Opposition schon des Strebens nach einer Revision des Leni- nismus, sowie des Störens der Partei- einheit beschuldigt werden und ihre Richtung mit dem Treckismus verglichen wird. Am Schlusswort, zu welchem erst Dien- stag kommt, wird Stalin die Beurteilung der ganzen Affäre geben und die definitive Position des Zentralausschusses und des Parteikongresses er- klären.

Ein Urteil über diese Vorgänge wird erst möglich sein, wenn genauere Berichte vorliegen.

Die italienischen Industriellen für den Faschismus.

Der italienische Industriellenverband hat auf Einladung Mussolinis zum Zeichen seines vollen Vertrauens zur Tätig- keit des Hauptes der italienischen Regierung und des Faschismus seinen restlosen Anschluß an das faschistische Regime beschlossen. Die entsprechende Tagesordnung wurde dem Mi- nisterpräsidenten übermittelt. Mussolini hat den Anschluß der Industriellen mit lebhaftester Befriedigung aufgenommen. Der In- dustriellenverband wird in Zukunft den Namen Faschistischer Generalverband der italienischen Industrie führen und einen Vertreter im großen Faschistenrat erhalten. Auch der Schaffung des faschistischen Gewerkschafts- monopols der organisierten Arbeiterschaft ist nunmehr auch die italienische In- dustrie im faschistischen Sinne organisiert.

Rundfunk für Alle!

In Deutschland täglich 1768 neue Radioempfangsstationen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Dezember 1925 804. Der Zuwachs im November machte 53.000, also täglich 1768 Neuanmeldungen, aus. Die stärkste Zunahme hat Berlin mit 23.257 neuen Teilnehmern im November zu verzeichnen.

Programm für heute, den 23. d. M.

Prag, 11: 17: Konzerte; 20:02: Klavierkonzert. — Brunn, 20:00: Russisches Balalaika-Konzert. — London, 23:30: Gesangsabend. — Paris, 21:30: Konzert. — Berlin, 20:00: Weihnachtsgesänge. — Stuttgart, 21: Das deutsche Drama. — Leipzig, 20:15: Beethoven-Abend. — Breslau, 20:15: Weihnachtshinwendung. — München, 20: Nürnberger Trio. — Frankfurt, 22: Weihnachtsgesänge. — Wien, 20: „Seimjunden“. — Zürich, 20:30: Alle Kirchenmusik.

Wellenlängen der Stationen: Prag 546, Brunn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 430 und 505, Stuttgart 443, Leipzig 454, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Tages-Neuigkeiten.

Der Bürger und die Frauenfrage.

Von S. E. M a c h a r.

Man wandt' sich lebhaft, erregt sehr im Ton gegen das Vaster der Prostitution; Einig in einer Resolution — Stimmt die ganze Korporation. Draußen erinnert ein Redner noch klar Kundgebung sie ein paar Vereinen — Aber jetzt, Fremder, auf in die Bar, Mädels hat's dort mit den festesten Beinen! Uebersetzt von S. R.

Fort mit der Todesstrafe!

Die Abgeordneten Genosse Dillebrand und Genossen haben betreffend der Abschaffung der Todesstrafe folgenden Gesetzesantrag im Abgeordnetenhaus eingebracht:

Artikel I.

Die Todesstrafe wird auf allen Gebieten der Strafrechtspflege abgeschafft. Ueberall, wo in den bisherigen Gesetzen eine Straftat mit der Todesstrafe bedroht ist, tritt an Stelle der Todesstrafe das zulässige Höchstmaß der Freiheitsstrafe.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit seiner Durchführung werden die Minister für Justiz und für nationale Verteidigung betraut.

Begründung.

Bereits in der ersten Legislaturperiode, am 16. Februar 1923, haben die Abgeordneten Dillebrand, Dr. Czech, Cermak und Genossen einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe eingebracht, welcher mit den Erfordernissen des § 55, Absatz 1, der Verfassung vereinbar war. Dem Antrag wurde jedoch die Dringlichkeit nicht zuerkannt und es ist in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode nur sachlichen Verhandlung des Antrages überhaupt nicht mehr gekommen.

Die Gründe, welche zur Einbringung des Antrages führten, bestehen aber im vollen Maße auch noch heute und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Todesstrafe dem modernen Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlägt. Schon allein die Tatsache, daß beim Vollzug der Todesstrafe die Gutmachung eines Justizirrtums ausgeschlossen ist, müßte zur schleunigsten Beseitigung dieser mittelalterlichen Rechtsinstitution führen. Andererseits versagen alle Gründe, welche für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe ins Treffen geführt werden, vollständig, insbesondere hat die Erfahrung bewiesen, daß die abschreckende Wirkung der Todesstrafe die Zahl der Verbrechen keineswegs mindert. Ganz abgesehen davon, daß die Strafrechtstheorie das Prinzip der Abschreckung längst über Bord geworfen hat. Ein Beweis für die Ueberflüssigkeit der Todesstrafe ist übrigens auch der Umstand, daß Todesurteile in den seltensten Fällen wirklich vollstreckt werden. In einer ganzen Reihe von Ländern ist die Todesstrafe heute schon abgeschafft, ohne daß sich daraus eine ungünstige Entwicklung der Kriminalität ergeben hätte. In der Republik Oesterreich wurde die Todesstrafe unmittelbar nach dem Kriegsende, also in einer Zeit, da die Kriminalität wesentlich angewachsen war, aufgehoben und es ist seither nicht eine einzige Stimme für die Wieder-einführung laut geworden. Da seither die Kriminalität erfreulicherweise zurückgegangen ist, ist es wohl hoch an der Zeit, daß endlich auch die Tschechoslowakei mit dieser veralteten, grausamen und dabei überflüssigen Institution aufräumt.

Ein Vorschlag für die finanzielle Bedeckung entfällt, da ein besonderer Aufwand mit der Durchführung dieses Antrages nicht verbunden ist.

Zwei interessante Dokumente.

Aus der „guten, alten Zeit“.

Im Zeichen des Konkordats.

Der Wahlsieg der Klerikalen und ihrer Verbündeten auf dem Gebiete der Reaktion erinnert an die Zeiten, wo sich alles um die allmächtige Klerikale drehte, wo sie nicht nur die politischen Geschicke der Völker nach ihrem Geschmack lenken, sondern auch tief in die Familienverhältnisse eingriffen. Nichts, aber auch rein gar nichts, entging der Kontrolle der schwarzen Himmlspolizisten. In der altösterreichischen Zeit gab es ja sogar eine hochwohlweilige Sitte — L o m i s s i o n, welche des Nachts ausstufte, ob jedes Mädchen auch den richtigen Trauschein in der Tasche hatte. Alles hing ab von dem Umstande, wie weit man ein gutkatholischer Christ war oder doch als solcher erschien. Zum Beweis dessen drucken wir folgenden amtliche Dokument ab, das als „Anerkennung“ für einen Handelsangestellten im Jahre 1857 vom Gemeindevorstand in Linarec ausgestellt wurde:

Wohlverhaltenszeugnis.

Von Seite des gefertigten Ortsvorstandes wird im Sinne des Hochwürdigsten hiesigen Pfarramts hiermit bezeugt, daß Friedrich Joseph Georg Schweigert, katholischer Religion, 25 Jahre alt, ledig, ausgemelter Kaufmannsadjunkt, wohnhaft bei seinen Eltern in Linarec bei Pilgram, ins zweite Jahr sich durch die ganze Zeit seines Bierseins, sittlich, ruhig und gottesfürchtig betragen habe, stets der Ausübung der kirchlichen Andacht beispielvoll und fleißig gelebt hat . . .

Gemeindevorstand zu Linarec, am 3. März 1857. Vidi: Einhart Suma, Pfarrer, Mathias Beda, Vorsteher, Vidi: Stranovsk, Bezirksvorstand.

In der Zeit des Konkordats mußte also sowohl das Gemeindevorstand als der Bezirksvorstand amtlich bestätigen, wie der K oder P keine Pflichten der katholischen Kirche gegenüber erfüllte. Wer darin nachlässig oder gar als ein ungläubiger Keger verfahren war, erhielt natürlich kein Wohlverhaltenszeugnis im Sinne der „Hochwürdigsten“, wenn er auch sonst der beste Mensch sein konnte. Wenn es nach dem Willen der Reaktionen von heute ginge, würden sie mit Demme die Zeiten des Konkordats wieder auflieben lassen.

Nichts gelernt . . .

Die Lehrer stehen jumeist im bürgerlich-kapitalistischen Lager. Nicht wenige haben agrarisch gewählt und damit jene Parteien gestützt, welche eine kraftvolle Autorität des Postes

gegenüber den Besitzlosen aufrechten wollen. Jene Autorität auch gegenüber dem Schullehrer, wie sie sich aus dem Verhältnis des Herrn zum Diener ergibt. Sie bestand bereits in einem für die Lehrerschaft äußerst drückenden und entwürdigendem Maße. In der Zeit, wo der Feudaladel in Oesterreich allmächtig herrschte, also vor 1848, war der Lehrer so gut wie schulpflos und der Gutsherrschafft ausgeliefert und hatte obendrein in den Dorfgrößen meist keine Freunde. Ein uns vorliegendes Dokument aus jener angebliebenen „guten, alten Zeit“ gibt einen kleinen Einblick in die unwürdige Rolle, die der Dorfschullehrer damals spielte. Der in Engelsherg bei Friedland angestellte Schullehrer Franz Schwarz richtete am 6. September 1829 „untertänigst und dankbarlich“ an ein „Ehliches Oberamt der Herrschaft Friedland“ ein langes Bittschreiben um Schutz gegen einige unbillig denkende Gemeindevorstände, welche beabsichtigten, ihm das seit undenklichen Zeiten bei der Schule belassene Gemeindefeld im Pacht zu erhöhen, oder verlangen, die Gerichtsschreiber hierfür umsonst zu leisten“. Aus der langen Bittschrift geht hervor daß Schwarz entgegen dem abgeschlossenen Vertrage mit der Gemeinde für 9 Acker oder 6 Strich Pachtfeld statt 3 Gulden 30 Kreuzer 27 Gulden pro Jahr Pachtzins zahlen sollte, widrigenfalls er auf die Jahresgebühr von 12 Gulden für die „Gerichtsschreiberei“ und 3 Gulden 30 Kreuzer Ranglohn, sowie 2 Gulden für die Verfassung der Gemeindevorstand Verzicht leisten müßte. Besonders der Gemeindevorstand, stifer ein größerer Bauer, hat es dem bedrängten Dorfschullehrer angetan, denn er äußert sich, daß die Gerichtsschreiberei nicht schwer sei, es habe damit keine Not, auch werde zu viel geschrieben. „Es würde mich sehr kränken, wenn durch solche Beherrschung die noch Gutgesinnten in der Gemeinde gedrückt, oder auf irrtige Meinungen gebracht würden“, klagt Schwarz und der Erfolg seiner Eingabe? Der obrigkeitliche Grundbuchführer wurde beauftragt, „die Sachlage zu erheben, dabei aber soviel als möglich schonend zu verfahren“. Ob Schwarz oder die geizigen lehrerfeindlichen Gemeindevorstände zum Schlusse Recht behielten, ist uns nicht bekannt. Gibt es nicht auch heute noch in Dorf und Stadt silbige Gemeindevorstände, die für die Schule und den Lehrer am liebsten keinen Heller ausgeben? Bestimmt in jedem Bezirk, was aber nicht hindert, daß die Lehrerschaft immer wieder diesen Reuten zur politischen Macht verhelfen. Sie haben aus der Geschichte ihres Berufes wirklich nicht allzuviel gelernt.

propaganda beschränkt werde, über die Vorfälle in Marienbad und das drohende Bädergesetz und sagt, daß alle diese Maßnahmen nur auf die Tschechisierung der deutschen Gebiete abgefeilt wären. Das Ausland weiß also trotz „Prager Presse“ und Benerischer Auslandspropaganda Bescheid!

Wegen die Schädigung des Lehrstandes durch den neuen Gehaltsgefehrtsentwurf. Der Hauptauschuh des Deutschen Landeslehrervereines für Mähren nahm in seiner letzten Sitzung mit tiefster Entpörung von der Tatsache Kenntnis, daß durch den von den Mehrheitspartheien des Parlamentes bereits mit der Voreingehung verordneten Gehaltsgefehrtsentwurf, die Lehrer der Parität mit den Staatsbeamten verlustig und so der größten Erniedrigung in der Tschechoslowakischen Republik herab zu werden sollen. Der Hauptauschuh stellte mit Bedauern fest, daß der Entwurf auch sonst eine Reihe empfindlicher Verschlechterungen gegenüber dem derzeit herrschenden Zustande enthält. Er fordert daher vor allem die uneingeschränkte Wiederherstellung der Parität, die Aufhebung der Institution der Ausfalllehrer, die Belassung des automatischen Dienstalters nach einjährigem Aufangsdienst im Sinne des Gesetzes Nr. 306—20, die Aufstiegs-möglichkeit bis in die IV. Gehaltsgruppe, 2. Stufe, den Ausbau der sozialen Zulagen und die unbedingte Geltung des Gesetzes Nr. 455—19 betreffend die Abfertigung der Lehrerinnen. Insbesondere aber verlangt er eine der Bedeutung der Bürgerschule entsprechende Entlohnung der Bürgerschullehrer, die in dem Entwurfe im Verhältnis zu ihrer höheren Vorbildung und zu ihrer qualifizierten Dienstleistung eine geradezu beilehaste Entlohnung erhalten sollen. Der Hauptauschuh fordert weiter eine wesentliche Erhöhung der Funktionszulage und der Quartiergeldentschädigung der Schulleiter, Oberlehrer und Direktoren, die beide seit dem Pstunde des Reichssozialschulgesetzes, also seit mehr als fünfzig Jahren fast unverändert geblieben sind. Weiter beharrt er darauf, daß die Ortszulage und die Quartiergeldentschädigung nicht vermindert werden darf und erachtet eine beträchtliche Erhöhung der Bezüge der Honorarlehrerinnen für unbedingt nötig, um dem Zustande ein Ende zu bereiten, daß sich niemand mehr dem Studium dieses Unterrichtsgebietes zuwenden will. Auch erscheint es als ein Gebot der Gerechtigkeit, daß durch das neue Gehaltsgesetz die völlige Gleichstellung der vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes pensionierten Lehrpersonen mit jenen ausgesprochen wird, die nach diesem Zeitpunkt in den Ruhestand versetzt werden. Zum Schlusse gab der Deutsche Landeslehrerverein der Erwartung Ausdruck, daß in dem Kampfe um die Verbesserung des vorliegenden Gehaltsgefehrtsentwurfes die Behauptung der Parität mit den Staatsbeamten die

tschechische und die deutsche Lehrerschaft Schlichter an Schulte kämpfen werden.

Die nächste Tagung der Böhmerbundigen Union findet im Laufe des Jahres 1926 zum erstenmale auf deutschem Boden, nämlich in Dresden statt. Die Tagesordnung steht noch nicht genau fest. Einen weiten Raum der Beratungen dürfte das Problem der Staatenlosigkeit einnehmen. In dieser Angelegenheit hat die deutsche Liga in der Tschechoslowakei eine umfangreiche Denkschrift vorgelegt. Des weiteren dürften auf der Tagesordnung stehen: die Behandlung von Staatsfremden, Schiedsverfahren, Schlichtung und Abrüstung, Elfberei, die russische Emigration und das Problem einer internationalen Hilfssprache. Fortab wird die Union auch den Arbeiten des internationalen Arbeitsamtes ihre Aufmerksamkeit zuwenden und eine eigene permanente Kommission einsetzen, die sich mit sozialen Fragen zu befassen haben wird.

Die Automatisierung des Telephonnetzes in Prag. Ueber die Automatisierung des Prager Telephonnetzes hielt gestern Ministerialrat Ing. Jaroslav Klita im Hörsaal des elektrotechn. Institutes der tschechischen technischen Hochschule in Prag einen mehr als zwei Stunden andauernden Vortrag. Zunächst die Entwicklung und den Ausbau des Prager manuellen Telephonnetzes in Prag historisch erläutend, gab er dann mit zahlreichen Lichtbildern eine Erklärung des Wesens der Automatisierung, bei welcher die anschließende Telephonistin durch den automatischen Selbstanschluf vollkommen ausgeschaltet sein wird und begründete gleichzeitig die durch die Automatisierung notwendige gewordene Zentralisierung der Prager Telephonzentrale in der Predauerstraße auf Distrikte mit den Zentralen in Weinberge, Smidov und Prag. Die Automatisierung des Prager Telephonnetzes beginnt bereits am 25. Dezember, doch wird sie nur für je circa 4000 Nummern durchgeführt, so daß wir in Prag also einen manuellen Anschluf kombiniert mit einem automatischen Anschluf haben werden. Außerdem ist die Kabelisierung begonnen worden, u. zw. im Hapon des Prager Nationaltheaters, so daß telephonische Störungen durch das Leitungssystem allmählich vollkommen ausgeschlossen sein werden. Die Automatisierung des Telephonnetzes ist, wie der Vortragende bemerkte, bereits in allen größeren Städten Deutschlands durchgeführt, in München, Halle, Leipzig, Dresden und anderen Städten, und wird es ermöglichen, daß jetzt 350 bis 400 Anschlüsse in einer Stunde durchgeführt werden können. Die Ausführungen des Vortragenden waren sehr detailliert und erwarben einen großen Teil der Zuhörer, die den Saal vorzeitig verließen. Die Hauptsache ist aber für die Abonnenten, daß jetzt das Telephon hoffentlich klaglos und besser als früher funktionieren wird. Die Anschlüsse durch die Prager Zentrale dauerten leider, wie wir von vielen Seiten hörten, sehr lange und könnte gerade Deutschland, speziell aber die Stadt Berlin mit ihren wunderbar funktionierenden Telephonistinnen hier für die Stadt Prag ein Vorbild sein. Daß die Automatisierung nur teilweise durchgeführt wird und außerdem der manuelle Anschluf doch zum größten Teil erhalten bleibt, ist für den Abonnenten allerdings nicht erfreulich.

Fremdenverkehrsverbesserung. Der Landesverband für Fremdenverkehr, Sitz Karlsbad, hielt letzten Sonntag unter dem Vorsitze des Verbandspräsidenten Regierungsrat Dr. Chudacek in Karlsbad eine Geschäftssitzung ab, welche sich zum größten Teile mit den Vorbereitungsarbeiten für die nächste Sommerreise befaßte. Der Bericht des Verbands-geschäftsführers Dr. Ott verwies auf die vom Verkehrsamt des Verbandes durchgeführten Organisationsarbeiten. Eine umfangreiche Tätigkeit entwickelte der Verkehrsausschuh des Verbandes unter dem Vorsitze des Dr. Rindermann-Ollin zur Erleichterung von Verbesserungen des nächstjährigen Sommerfahrplanes. In dieser Richtung wurden zahlreiche Eingaben an die maßgebenden Behörden gemacht, welche recht beachtenswerte Erfolge zeitigten. Die vom Eisenbahnministerium gewährten Fahrpreisbegünstigungen für die ausländischen Kurgen in der Sommerreise 1925 fanden durch den Geschäftsausschuh volle Anerkennung, doch wurde mehrfach der Wunsch ausgesprochen, daß bei Aufrechterhaltung dieser Begünstigungen die Bedingungen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigungen möglichst erleichtert werden. Zum Besuche eines Kurortes soll nicht mehr ein vierwöchentliches, sondern ein achtwöchentliches Pachtium erteilt werden. Der Veranlassung der nächstjährigen dritten ärztlichen Studienreise in die Tatrafurte und nach Trenczin-Teplitz und Pstian wurde zugestimmt; der Fehlung des Reiseverkehrs im Verbandswirkungsgebiete durch Ausgestaltung des Gesellschaftsreiseverkehrs soll weitgehende Förderung zugehend werden. Auf Grund eines Berichtes des Geschäftsführers Schiffner, wurde die Neuherausgabe einer Kurkarte und Werbeprospekt über die Kurorte, Sommerfrischen und Kurortenplätze des Verbandswirkungsgebietes in deutscher Sprache durch das Weltbäder Kellam und Verlagunternehmen beschlossen. Ferner werden auch im Jahre 1926 die Kurkataloge mit den direkten Zugverbindungen 1926 in den Kurorten Marienbad, Franzensbad, Karlsbad und Teplitz-Schnaun in deutscher, tschechischer, englischer und französischer Sprache zur Ausgabe gelangen.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer für Halbjahreskarten der Geschäftsreisenden. Von der Union der Geschäftsreisenden und Vertreter wird mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die verpätet zur Ausgabe gelangte Rundschau des Eisenbahnministeriums Nr. 5313—III/3 vom 18. Dezember 1925, laut welcher die Halbjahreskarten der Geschäftsreisenden von der 10prozentigen Abgabe befreit wurden, die Gültigkeitsdauer der für das zweite Halbjahr 1925 ohne 10prozentigen Zuschlag angekauften Halbjahreskarten a u s n a h m e w e i s e bis 5. J a n u a r 1926 verlängert wurde. Für andere Jahres- und Halbjahreskarten gilt diese Verlängerung nicht.

WÄSCHE VORZÜGLICH UND BILLIG AUS DER GEC-WÄSCHEFABRIK IN BÄRRINGEN

DETAIL-ABGABESTELLE DER „GEC“

Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12 **PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1** Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
2575

Der Film.

Der Sohn der Berge. Das Manuskript hat der tschechische Filmschaffmann Duido Kujal verfasst und es steht in dem Stück viel Jugfräutiges und Filmwirksames. Für die Regie zeichnet V. Slavinsky, der gleichzeitig die Hauptrolle verkörpert, die anderen Rollen werden von namhaften Kräften wie Lamac, Pistek usw. gespielt. Der Film ist ein Erzeugnis der Gebrüder Degl in Prag. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine junge Fabrikantentochter, die ihren Lebensreiter, einen mutigen, aber unbeholfenen und einfachen Burschen aus dem Gebirge liebgewinnt und heiratet. Ihr Eheglück gerät aber ins Wanken, da sie von ihrem früheren Verlobten, einem flotten Lebemann, der es bloß auf ihr Geld abgesehen hat, durch Beschuldigungen und Ränke so weit gebracht wird, daß sie von ihrem Mann ihre Freiheit zurückverlangt. Das Stück klingt natürlich verführend aus. In künstlerischer Hinsicht muß erwähnt werden, daß das Spiel der Darsteller noch nicht recht ausgereift ist und manchmal unnötig übertrieben wird; auch die weibliche Hauptrolle (Ticha) ist nicht glücklich besetzt. Das Stück ist von einer für den slawischen Volkstheater bezeichnenden, traurigen Weichmütigkeit anmutig überhaucht, was am klarsten in der gütigen, ergreifenden Gestalt der alten Mutter zu Tage tritt. Das Stück ist weder ein Roman noch ein Drama, sondern eben ein bloßer Film, — damit ist alles gesagt. H. W.

Wohlfahrt, einer der meistgelesenen Romane des tschechischen Schriftstellers Alois Jirasek, soll nun auch verfilmt werden. Man hatte sich schon früher mit dem Gedanken getragen, aber nicht den richtigen Mut dazu gefunden. Erst jetzt, nach den letzten großen Erfolgen der tschechischen Filmindustrie, beschließt man endlich an die Verfilmung dieses großartigen geschichtlichen Romanes heranzutreten.

Die Wa, Deutschlands größtes Filmlager, liegt den höchsten Berg Afrikas, Kilimandscharo, und dessen unmittelbare Umgebung verfilmen. Der Berg ist 5890 Meter hoch und die Aufnahmen ganz oben am Krater konnten nur mit unfähigen Mähen verwirklicht werden, da die Deutschen von den Eingeborenen, die sich aus Furcht vor dem vermeintlichen Berggeist nur bis zu einer Höhe von 5000 Meter wagen, in die Höhe gelassen wurden.

Die Kameliendame, das bekannte Bühnenstück von A. Dumas dem Jüngeren, welches den Verfasser einst mit einem Schläge berühmt gemacht hat, ist verfilmt worden.

Kunst und Wissen. Prager Konzertsaal.

Bis Knapp vor Weihnachten vermochten heuer Konzertunternehmer und Konzertkünstler ihr Publikum zu finden. Die Quantität dieser Vorweihnachtskonzerte war im allgemeinen überzeugender als ihre Qualität. Mehr Interesse als künstlerische Begeisterung beim Publikum erweckte die japanische Sopranistin Satsue Juasa aus Tokio; denn sie sang die erste Abtheilung ihrer Lieder in europäischer Gesellschaftstheater, während sie sich in der zweiten Programmhälfte im aparten japanischen Originalstimmungs lieh. Die Gesangsweise und stimmliche Begabung der Sängerin aber waren herzlich bescheiden. Zwei offene Kammermusikabende bot das heuer neugegründete Kobal-Grand-Quartett der Herren Kobal, Stila, Klabil und Franz, das in prächtigem Zusammenstehen und mit passionierter Musikalität klassische und moderne Streichquartette, unter diesen etliche als Erstausführungen für Prag, zu Gehör brachte. Eine außerordentlich gelungene Johann Strauß-

Feier, die demnächst sogar wiederholt werden soll, gab es im deutschen Volksbildungsinstitute „Urania“, deren textlichen, von Paul Henke verfassten Teil Viktor Sudek eindrucksvoll las, während die musikalischen Nummern das neugebildete, zum erstenmale vor der Öffentlichkeit spielende „Urania“-Orchester unter Dr. Karl Kovacs Führung und der Männerchor „Gutenbergs“ befolgten. Für die Tanzsolisten hatte die Prager Tänzerin Senta Bergmann ihr großes Können zur Verfügung gestellt. Der zweite diesjährige öffentliche Musikabend der Prager deutschen Musikakademie bewies neuerdings, wie rastlos unsere junge deutsche Musikschranke trotz ärgster materieller Noth bestrbt ist, ihren Lehrzielen nachzukommen. Eine stattliche Reihe von Pianistinnen und Pianisten legten an diesem Abend Proben ihres mehr oder weniger vorgeschrittenen Könnens ab. Als besonderes Klavier-talent, dem das Allgemeinmusikalische und vor allem der Rhythmus ebenso im Blute liegt wie das spielerische edle Talent, fiel diesmal — soweit wir die Vorträge wegen anderweitiger Verpflichtung hören konnten — Fr. Ottilie Stanger auf. Im übrigen sei festgestellt, daß etliche der Vortragenden Werke spielten, die über ihre geistigen und technischen Kräfte gingen, was weder pädagogisch noch zweckmäßig ist. Das tschechische Staatskonservatorium hatte sein erstes diesjähriges Orchesterkonzert als „Duverturen“-Abend veranstaltet, bei dem Duverturen von Cimarosa, Haydn, Spontini, Weber, Spohr, Mendelssohn, Fibich und Smetana in instruktiver Weise zur Ausführung kamen. Das vorzüglich disziplinierte und mit Eifer spielende Juglingsorchester stand unter der Leitung Paul Dödecks. Zum Schluß sei für diesmal noch des eigenen Klavier-abends gedacht, den der Prager Pianist Eugen Kaliz gab und bei dem wieder die außerordentliche technische Fertigkeit und geistige Reife dieses erst strebenden Künstlers überzeugend zur Geltung kam.

Ballett-Premieren im tschechischen Nationaltheater. Die besondere Pflege des Balletts gehört zu guten Traditionen der tschechischen Landeshäute. Doch man diese entsprechend zu wahren weiß, beweisen die beiden vorige Woche erstausgeführten französischen Ballette, Ravel's Ballet in fünf Bildern und einer Schlußapotheose „Aus den Märchen unserer Großmutter“ und Debussy's Kinderballett in vier Bildern und einem Epilog „Die Spielzeugkassette“. Beide Ballette gehören hinsichtlich ihrer Musik der modernsten Richtung an; ihre Handlungen dagegen sind konventionell. Ravel's Märchenballett ist nichts anderes als eine „Dornröschen“-Variante, während Debussy's Kinderballett einer zum Leben erweachten Spielzeugkasten wie ein Szenen geordnetes Märchen von Andersen anmutet. Ravel's Ballettmusik ist durchaus in gedämpften, feinen Tönen gehalten, von transparenter Zartheit und erhebt sich nur in der Schlußapotheose zu phantastischer Wüste; Streicher, Harfe und Celesta bestimmen das Orchester. Debussy's Kinderballettmusik dagegen sucht mehr auf dem grotesken Ton und hat in diesem Sinne manche verwandtschaftliche Beziehung zu der neuesten Stilrichtung der russischen Ballette Stravinskis; der instrumentale Aufwand ist größer als bei Ravel, zur Betonung des Bizarren dienen besondere instrumentale Mittel, unter denen die ausgiebige Verwendung des Klaviers am auffallendsten ist. Die Aufführung der beiden Werke muß als durchaus vorzüglich bezeichnet werden; spezifische Aufführung, choreographische Ausführung und musikalische Interpretation boten ein Bild geschlossener künstlerischer Leistung. Die illusionfördernde Ausstattung stammte von Jos. Capek, die Regie führte Fr. Buzmann, den choreographischen Teil hatte A. Kemislabsky gestellt; Ravel's musikalischer Ausbeleger war Opernchef Ostrzil, während sich der Debussy'schen Ballettmusik V. Waigner angenommen hatte. Unter den zahlreichen mitwirkenden Tanzkünstlerinnen und Künstlern sind an erster Stelle die ebenso durch persönlichen Liebreiz wie vollendete Tanztechnik ausgezeichneten Damen Helena Sipankova und Jdenka Babylava zu nennen.

Alle Bücher

liefert rasch und billig die
Volksbuchhandlung
Kramar & Co.,
Teplitz-Schönau,
Theresienngasse 18 — 26
Großes Lager in preiswerter
Gelegenheitskäufen.
Bestellungen senden wir
auf Wunsch sofort los.

Eachen links!

Das neue deutsche Wochenschrift
erscheint wöchentlich.
Jede Nummer Ad 1.10.
zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Ernst Zaitler
Karlsbad, Aerog Palace



Ich leuchte mit

Philips Argenta

„Der wahre Jakob“ — Silvesterabendvorstellung in der Kleinen Bühne. „Der wahre Jakob“, Schwan von Arnold Bach, geht in der Silvesterabend um 10 Uhr in der Kleinen Bühne unter der Spielleitung von Max Vebli zum erstenmal in Szene.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Mittwoch „Rigoletto“. Freitag und Samstag halb 3 Uhr „Der gestiefelte Kater“, 7 Uhr „Teresina“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Clo-Clo“, 7 Uhr abds. „Die verkaufte Braut“, Montag „Rigoletto“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, um 8 Uhr nachmittags „Die verbotene Nacht“, halb 8 Uhr „Methusalem“, Samstag 3 Uhr „Der Gatte des Fräuleins“, halb 8 Uhr abends „Methusalem“, Sonntag 3 Uhr „Der Mensch im Käfig“, halb 8 Uhr abends „Charleys Tante“, Montag halb 8 Uhr „Victoria“.

Turnen und Sport.

Zum 1. Bundeswinterporttag am 23. und 24. Jänner 1926 in Dessendorf.

Es wird nochmals bekanntgegeben, daß die Anmeldung der Wettkämpfer durch die Vereine mittels Anmeldeformular bis spätestens 5. Jänner (Nennungsschluß) an Egm. Emil Sium, Tannwald-Brand 106, zu erfolgen hat. Angewiesen ist: Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnort und Art der Wettkämpfe. Hierbei ist zu beachten, daß die Teilnahme von Sportlern am 20-Kilom.-Langlauf und 12-Kilom.-Langlauf oder am Rodeln und dem Mannschaftslauf nicht möglich ist, weil dieselben immer zu gleicher Zeit stattfinden. Die Teilnehmer am Mannschaftslauf sind ebenfalls namentlich zu melden. Gleichzeitig ist ein Startgeld von 5 K für jeden Wettkämpfer an Egm. Rudolf Endler, Dessendorf 260, einzufenden, sonst ist die Anmeldung ungültig.

Die Quartieranmeldung muß namentlich mit Angabe, ob für Freitag, Samstag oder Sonntag, ob Kampfrichter, Sanitäter, Wettkämpfer oder Gost, womöglich bereits, bezirks- oder kreisweise an Egm. Rudolf Endler, Dessendorf 260, erfolgen. Gleichzeitig ist ein Betrag von 5 Kronen pro Abend als Quartiergegeld, wofür auch ein Frühstück verabfolgt wird, an dieselben Turngenossen zu senden. In Anbetracht der Schwierigkeit, im Winter eine genügende Anzahl Quartiere zu erhalten, ist es unbedingt notwendig, daß alle Quartieranmeldungen bis zum 5. Jänner 1926 erfolgen. Eine Decke ist mitzubringen. Genossen, agitiert überall für eine rege Teilnahme!

Herausgeber Dr. Ludwig Ege.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehn.
Druck: Deutsche Zeitung-A.G. Prag.

Fußballspielende Vereine, Achtung! Den Bezirksspielleitern sowie Vereinsspielleitern diene zur Kenntnis: Laut Beschluß des ganzjährigen Schiedsrichtertages sind die Schiedsrichter anzufordern bei Gen. Ernst Wirthgen, Kuffig, Laurenzweg 20.

Die französische F.S.Z. zur Einigungsfrage. Im „Sport et Loisir“, dem seit November wieder erscheinenden französl. Arbeiter-Sportblatt, schreibt der Sekretär der französischen F.S.Z., Gen. Marie, zur Frage der Einheit u. a.: „Wir wünschen eine vollständige Einheit, einen einzigen Bund. Wir glauben, daß der Rahmen für diese Einheit die Luzerner Internationale ist, deren Statuten weit genug sind, alle Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu umfassen. Wir machen die Färe weit auf und haben durch Taten gezeigt, daß wir es ernst mit der Einigung meinen. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, der uns abhält, zu einer Organisation zu stehen, die 20 Nationen mit 1.800.000 Mitgliedern umfaßt, die seit zwölf Jahren besteht und in dieser Zeit Kundgebungen mächtiger Art veranstaltete. Suchen wir die Luzerner Internationale auszubauen, ihre Schlagkraft zu vergrößern. Sich von ihr zu trennen, wäre verberberisch, und wir werden jeder Versuchung in dieser Richtung im Interesse der Arbeiterklasse widerstehen.“

Internationales Raddballspiel. Einer Einladung der deutschen Sportgenossen folgend, trug die österreichische Meistermannschaft im Zweier-Raddball Zwoboda-Hollborn (Arbeiter-Radsportklub Freiheit) in Chemnitz gegen den dortigen Gemeinmeister ein Städtepiel aus, das den Abschluß einer großen Saalportveranstaltung bildete. Die österreichische Mannschaft gewann mit 7:5 Toren. Das Freundschaftsspiel am nächsten Tag in Thalheim im Erzgebirge konnten die österreichischen Genossen ebenfalls mit 9:2 Toren gewinnen.

Tüchtiger Verkäufer

gelehrter Kaufmann, mit tschechischen Sprachkenntnissen und besten Empfehlungen, sucht für jetzt oder später Posten als Lagerhalter oder Verkäufer. Gest. Anfragen erbeten unter „Verlässlich 4810“ an Carl Lufschig, Trautmann. 2836

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur
Kalla's Fischkonserven
in allen Konsumvereinen erhältlich.

SCHUHE DAUERHAFT UND PREISWERT AUS DER GEC-SCHUHFABRIK REICHENBERG

DETAIL-ABGABESTELLE DER „GEC“

Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12 **PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1** Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten